

Antrag

der SPD-Fraktion,
der CDU-Fraktion,
der Fraktion DIE LINKE und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Standort Eberswalde sichern - Bahnwerk nicht aufgeben

Der Landtag stellt fest:

Die Industrie stellt das Rückgrat der brandenburgischen Wirtschaft dar. Die Stärkung und Sicherung industrieller Kerne ist deshalb eine zentrale Säule der Strukturpolitik in Brandenburg.

Nicht nur das Land, sondern auch der Bund hat eine Verantwortung für die Stabilisierung industrieller Strukturen – in Brandenburg wie in allen anderen Ländern der Bundesrepublik Deutschland. Neben der Infrastrukturpolitik und der Bereitstellung von Fördermitteln für Unternehmen im Privateigentum sind Unternehmen im Bundeseigentum ein wichtiges strukturpolitisches Instrument. Dabei spielt die Deutsche Bahn AG als größtes öffentliches Unternehmen eine wichtige Rolle. Die von der Deutsche Bahn AG angekündigte Schließung ihres Bahnwerkes in Eberswalde steht im Widerspruch zu der strukturpolitischen und sozialpolitischen Verantwortung, die das bundeseigene Unternehmen hat. Der Landtag Brandenburg erwartet, dass der Bund darauf hinwirkt, dass die Bahn ihrer strukturpolitischen Verantwortung für den Standort Eberswalde gerecht wird und die Schließungsabsicht zurücknimmt. Er weist darauf hin, dass schon unmittelbar nach Bekanntwerden des Schließungsbeschlusses das Land angeregt hat, eine Arbeitsgruppe aus Vertretern der Bahn, der Kommunen, der Gewerkschaften und des Landes einzurichten und neue Geschäftsaktivitäten für den Standort zu suchen. Mit Bedauern muss der Landtag zur Kenntnis nehmen, dass das von der Arbeitsgruppe Mitte 2015 vorgelegte Konzept von der Deutschen Bahn AG abgelehnt wurde und wird. Sofern die Bahn zur Rücknahme der Schließungsabsicht nicht bereit ist, wäre eine Veräußerung des Werkes zu fairen Bedingungen an einen Investor das Mindeste. Der Bund ist aufgefordert alles zu tun, damit die Deutsche Bahn AG ihre Verpflichtung gegenüber den Beschäftigten wahrnimmt, da es nicht Aufgabe des Landes ist, Bahnwerke zu betreiben.

Die Landesregierung wird aufgefordert,

- wie bisher dafür einzutreten, dass die Deutsche Bahn AG ihrer strukturpolitischen und sozialpolitischen Verantwortung für den Standort und die Beschäftigten nachkommt,
- sich in ihren Gesprächen mit der Deutschen Bahn AG für einen direkten Verkauf zu fairen Bedingungen an einen privaten Investor einzusetzen, das Land sollte weiterhin als Mittler tätig werden; auch wenn ein direkter Verkauf an einen Investor die bessere Lösung wäre, wird die Landesregierung gleichwohl

gebeten, das von der Deutschen Bahn AG vorgelegte Angebot einer Übernahme des Bahnwerkes durch die öffentliche Hand zu prüfen,

- sicherzustellen, dass die Haftung für die Altlasten bei der Deutschen Bahn AG verbleibt,
- einen neuen Investor optimal zu unterstützen, u.a. durch die Gewährung der höchstmöglichen Fördersätze für Investitionen, die Prüfung einer Landesbürgschaft und durch die Förderung der beruflichen Qualifizierung und Weiterbildung,
- die Entwicklung des Bahnstandortes Eberswalde, in Zusammenarbeit mit dem Landkreis Barnim und der Stadt Eberswalde, in ihre strukturpolitischen Konzepte einzubetten.

Klaus Ness
für die SPD-Fraktion

Ingo Senftleben
für die CDU-Fraktion

Ralf Christoffers
für die Fraktion DIE LINKE

Axel Vogel
für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN